



Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturmampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommunistische Genossenschaftschafter

Bezugspreis: mit Post monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark
Johns Auflagegegenleistung / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-11 / Geschäftsführer und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Herausgeber: 17250 / Poststelle Dresden-11, Nr. 18690
Sprechstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 19 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Einzelnummer: die neuromanisch geprägte Monatszeitschrift über deren Raum 0,35 RM. für Familienangehörige 0,20 RM. für die Alleinmegette unentbehrlich an den Dienstboten Teil einer Zeitung 1,50 RM.
Umsatz: Umlaufnahme wochentlich bis 9 Uhr vormittags in der Zeitung Dresden-11, Güterbahnhofstraße 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Süßen höherer Betrieb besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückholung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 29. Oktober 1929

Nummer 253

Rechtsausschuss beschließt Aufhebung des 9. November

Die SPD lädt ihn fallen! / Michael Niederkirchner soll ausgewiesen werden / Kommunistischer Genossenschaftssieg in Halle
Die Protestbewegung der Arbeiter gegen Polizei-terror

Antwortet auf den offenen Verrat der SPD!

Mobilisiert in den Betrieben!

Dresden, den 20. Oktober.

Im Rechtsausschuss des Sächsischen Landtages beschloß gestern in später Abendstunde die Mehrheit von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen die Aufhebung des 9. November als gesetzlichen Feiertag in Sachsen.

Die Mehrheit hatte durch das Verhalten der Sozialdemokraten ohne Zweck Mut zu stärkerem Auftreten bestimmt. Der inhaltlose Aufruf, den Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei am Sonnabend veröffentlichten, zeigte den Bürgertum, daß sie von dieser Seite einen ernsthaften Widerstand nicht zu befürchten hätten. Das veranlaßte sie, zügigstes Aktion zu unternehmen. Die Diskussion wurde gleich zu Anfang durch die Mehrheit des Ausschusses abgedrosselt. Unter dem offensichtlichen Bruch aller Gewährleistungsbefreiungen wurde dann die Regierungsvorlage zur Annahme gebracht. In den Schlussworten fanden sich die Verdienerstatter der kommunistischen Landtagsfraktion leidenschaftlich mit der Haltung der SPD und Gewerkschaften auseinander, während die Redner der Sozialdemokraten in ihren Schlukwörtern geradezu betonten, daß sie eine Massenaktion für unmöglich hielten. Der Abgeordnete Schöning (SPD) erklärte direkt, daß eine solche Bewegung aussichtslos sei. Bei einer solchen Haltung der SPD und Gewerkschaften ist es ganz selbstverständlich, daß die Reaktion in Sachsen ihren Plan durchführen kann, da ein solches Verhalten, wie es Sozialdemokraten und Gewerkschaften an den Tag legten, eine glatte Unterstützung des Vorgehens der Reaktion darstellt. Jetzt will die bürgerschaftliche Mehrheit erzwingen, daß die Vorlage am nächsten Freitag im Plenum des Landtages behandelt wird. Die dritte Beratung soll nach dem Plenum der Mehrheit am Montag dem 4. November stattfinden. Heute früh 10 Uhr soll im Ausdruck der Mehrheit gefestigt werden. Trotzdem die Wiederberichterstatter entschieden Protest gegen das Stattdinden der Sitzung erhoben, da sie mit ihren Berichten nicht fertig sein könnten, behielt die Mehrheit, die Sitzung doch stattdinden zu lassen.

Der bisherige Verlauf der Verhandlungen im Rechtsausschuss, ebenso wie der der Plenarversammlung des Sächsischen Landtages kennzeichnet die Situation und den Verrat, den die "linken" jüdischen Sozialdemokraten an ihren eigenen Anhängern begehen. Einwas Erbärmlicheres und Verlogeneres wie die "Kampfansage" der C. d. P. Böhring und der schrecklichen offenen Kapitulation vor dem Vorstoß der offenen Reaktion hat es selten in der Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung gegeben. Wir wissen nicht, wie die jüdischen sozialdemokratischen Führer ihre Haltung vor ihren Anhängern in den Betrieben verteidigen werden. Zweifellos wird jedoch die Hölle gegen die Kommunisten eine ihrer hauptsächlichsten Vernebelungsaktionen zur Verhinderung ihres Verrats bilden. Um so größer ist die Verantwortung der Kommunistischen Partei, die allein entschlossenen Kampf dieser Reaktion vorstoß angelegt hat, und deren Erklärungen in der Plenarversammlung, ebenso wie im Rechtsausschuss, gesezt haben, daß sie die Konsequenz aus dieser Haltung zu ziehen bereit ist.

Außenparlamentarischer Kampf als einziger Weg
zum Niederringen des Angriffs dieses Reaktionsbündnisses, das sich jüdisches Landesparlament nennt, entschlossene proletarische Massenaktion in den Betrieben gegen den neuesten Reaktion vorstoß, der den ganzen Verrat der Bürgertums- und Wirtschaftsfriedenspolitik des deutschen Reformismus aufzeigt. Das

ist die Lösung, die die Kommunistische Partei als alleinige Kämpferin gegen die jüdische Reaktion den Männen entgegenstellt. Bereits in der wichtigen Demonstration am Sonntag hat sie gezeigt, daß sie gewillt ist, diese Lösungen in die Tat umzusetzen, doch die den Kampf gegen den Wachtkapparat der herrschenden Klasse zu führen bereit ist.

Heute um 20 Uhr nehmen Dresdner Betriebsräte und Betriebsratsleute Stellung in den "Annensälen" zu diesem neuesten Reaktion vorstoß, während gleichzeitig im großen Saal der Wallen protest gegen den (Fortsetzung 2. Seite)

Kommunistischer Konsumverein in Halle

KPD 3/4-Mehrheit!

Halle. (Eig. Bericht.)
Die Vertreterwahlen im Konsumverein Halle haben den Kommunisten einen glänzenden Sieg gebracht. Die Liste der KPD erhielt 4371 Stimmen (im Vorjahr 1928: 2986). Die Liste der SPD erhielt 1228 Stimmen (im Vorjahr 1928: 765). Die Sozialdemokraten erhielten 463 Stimmen mehr als im Vorjahr, die Kommunisten dagegen 1385 mehr. Dennoch hat die SPD nicht einmal zusammen so viele Stimmen erhalten, als die Kommunisten allein an Stimmengewinn. Die Kommunisten haben nur eine 1/4 Mehrheit, die Sozialdemokraten erreichen nur 3/4 der Stimmen, sie haben also prozentual an Stimmen verloren. Dieser Sieg der Kommunisten bedeutet einen besonderen Erfolg deshalb, weil die SPD diesen Wahlkampf mit allen Mitteln der Lüge und Verleumdung gegen uns führte.

Insgesamt sind 181 Vertreter gewählt, davon 141 Kommunisten und 40 Sozialdemokraten. Die Kommunistische Partei hat also in der kommenden Generalversammlung eine absolute 3/4-Mehrheit. Das bedeutet, daß die Sozialdemokraten ihren letzten Einfluß im Ausschussrat nun verlieren.

Niederkirchners Ausweisung geplant

Ein neuer Versuch, die kämpfenden Berliner Rohrleger zu erschüttern

Berlin, 29. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Zwischen Börsigebau und Geisenhain schwelen augenblicklich Verhandlungen, die auf die Ausweitung des Genossen Michael Niederkirchner, des Führers der kämpfenden Rohrleger, abzielen.

Die "Rote Fahne" schreibt dazu u.a.: Früher galt es als eine Ehrenpflicht, ausländische Revolutionäre gegen ihre Ausweitung zu kämpfen. Heute leben diese in der jüdischen Gefahr, ausgewiesen zu werden. Der Menschheit übermäßig bogigen darf in Deutschland umherstreifen und antifaschistische Lügen verbreiten, die Monopsonisation der sozialistischen Generale und Staatsanwälte werden gebuhlt. Börsigebau setzt sich ihrer zum Kampf gegen die Sozialrevolutionäre. Genoss Niederkirchner, der Österreicher ist, lebt seit mehr als 24 Jahren in Deutschland. Der sozialdemokratische Reichskommissar ist ebenfalls Österreicher. Aber er hat sich den Dank der deutschen Bourgeoisie verdient und das Staatsbürgerspatent erworben. Wenige Tage nach Ausdruck des Gutes wurde eine Unternehmensdelegation bei der Staatsanwaltschaft persönlich und darüber die Verhaftung der Streikfertigung vor 5 Wochen, am 21. September, kuriert der Wende-Vorwärts". Die Ortsverwaltung des DGB hat zahlreiche Maßnahmen getroffen, um diesem Terror ein Ende zu machen". Wenige Tage vor der Verhaftung rief das Mitglied der DGB-Ortsverwaltung, der Leiter des Betriebsbüros, in einer Versammlung: "Wir haben es bis jetzt noch nicht für nötig gehalten, die Streikfertigung verbieten zu lassen, aber es ist nur noch eine Frage von Tagen."

Zwei Tage vor der Verhaftung erhielten eine Unternehmensdelegation bei der Staatsanwaltschaft und forderte erneut sofortigen Eingriff. Dieser Zulässt nicht in Haftbefehl. Weise den Betriebsrat Unternehmensrat, reformistische Bürokratie und Staatsgewalt.

Die Kampfmethoden des Sozialistengenossen, das Bismarck über ein Jahrzehnt gegen die Sozialdemokratie ausübte, feierten fröhliche Wiedergeburt. Allerdings ist ein kleiner Unterschied zu verzeichnen. Bismarck war ein Junter und organisierte keinen Unterhüllungsfeldzug gegen die damals revolutionäre Sozialdemokratie, während heute — 50 Jahre später — die SPD, die sich inzwischen zu einer in jeder Beziehung kontrarévolutionären Regierungspartei entwickelt, diechebenen

Terrormethoden Bismarcks gegen die Funktionäre und Führer des revolutionären Proletariats mit größter Rücksichtslosigkeit übt. Noch vor wenigen

Jahren verhindigte Kroll vom ADGB die finanzielle und moralische Unterstützung der italienischen Gewerkschaften durch die Generalkommission (den heutigen ADGB) in einer Rede, die er vor den Gewerkschaftsfunktionären im Reichstag hielt.

Die Zeiten sind noch. Kroll geben die Sozialdemokratie gegen die Arbeiter und ihre Führer vor. Nicht nur in Berlin, sondern in allen Orten sind die Sozialdemokratie die einzigen Vertreter kapitalistischer Profiinteressen. Wie berichtete bereits, daß auch die Föderal und Handel eingespielt mit der

Organisation des Streikbrechens

beschäftigt hab. Aber nicht genug damit, sondern auch in den Dresden Betrieben, z. B. bei Union Reiche werden ganz passiert bei Funktionäre der revolutionären Opposition nicht nur aus dem Verband, sondern auch aus den Betrieben herausgeföhrt. Was sich Ulrich in Berlin, Föderal in Dresden herausnehmen, um die Arbeitnehmer der Betriebe ums Betriebshaus wieder zu können, lädt natürlich die kleinen Ulrich, wie Ulrich bei Union Reiche nicht ruhen. Innerhalb kurzer Zeit hat er geholt, die Genossen Paul Bölling, Blume, Krüger um aus dem Betrieb zu bringen, um sie durch Hunger zu zwingen, sich dem kapitalistischen Koch zu beugen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen aber haben gerade beim Rohrlegerseitse die sozialdemokratischen Verbrennen der Ulrich, Föderal und Co., des ganzen sozialdemokratischen Führergründels richtig einschlagen gelernt. Immer breitere Kreise werden durch die Solidaritätsaktionen erweitert. Dieser breiteren Kreise geben die Arbeiter und Arbeiterinnen für den Kampf der Berliner Rohrleger, um den kämpfenden Massenarbeiter gegen Unternehmensrat, Staatsapparat und sozialdemokratischen Vertrag Unterstützung zu gewähren. Darum werden die jüdischen Verbündeten der Ulrich u. Co. nichts frustrieren, die Arbeitnehmer werden aus den Nachbarhäusern ihre Stimme zum

Vorstellung

erheben. Genossen, Arbeiter, Arbeitnehmer! Entfacht den Massenkampf, verstärkt die Solidarität! Verhindert die Ausweitung des Genossen Niederkirchner und antwortet dem jüdischen Föderal durch verzweifelte Wutlosigkeit.

Massenprotest

heute 19.30 Uhr in den Annensälen!

Gegen die Polizeibrutalitäten in Dresden!
Heraus mit den 50 verhafteten Arbeitern!